

EU-Kinderrechtsstrategie

Wichtige Schritte in einem dunklen Bereich europäischer Lebenswirklichkeit



Michael Juretzek, Bremen. Im Juni trafen sich Kindergarantiekordinatoren aus 23 EU-Staaten, um sich über Maßnahmen zur Umsetzung der 2021 beschlossenen Kinderrechtsstrategie auf staatlicher und EU-Ebene auszutauschen. Da noch keine Kongressmaterialien vorliegen, wird hier die EU-Kinderrechtsstrategie vorgestellt.*

In der EU leben 82 Millionen Kinder (unter 18 Jahre). „Nach wie vor gibt es zu viele Fälle schwerer und regelmäßiger Verletzung von Kinderrechten. Kinder sind weiterhin Opfer verschiedener Formen von Gewalt und wirtschaftlicher und sozialer Ausgrenzung und Diskriminierung aufgrund ihres Geschlechts, ihrer sexuellen Ausrichtung, ihrer ethnischen Herkunft, ihrer Religion oder Weltanschauung – oder der ihrer Eltern. Die Sorgen von Kindern werden nicht ausreichend gehört, und ihre Ansichten werden in Angelegenheiten, die für sie wichtig sind, häufig nicht genug berücksichtigt“, heißt es in der Einleitung. Kapitel 1 befasst sich mit der Verbesserung der Teilhabe von Kindern am politischen Leben. Mit der Internet-Plattform eu-for-children.europa.eu bietet die Kommission Kindern in allen in der EU gesprochenen Sprachen die Möglichkeit, sich lokal, national und auf EU-Ebene zu vernetzen und Kontakt zu den EU-Institutionen aufzunehmen. Ende Juni fand ein erstes Treffen von 10- bis 17-Jährigen in Brüssel statt, auf dem ein Arbeitsplan für 2025/26 beschlossen wurde.

Der zweite Schwerpunkt widmet sich der Bekämpfung der Kinderarmut und

* commission.europa.eu/document/86b296ab-95ee-4139-aad3-d7016e096195_de, Abb.: eu-for-children.europa.eu

den Themen Gesundheit und Bildung. Ausgehend von einem Anteil von 22,2% (2019) aller Kinder in der EU, die von Armut und sozialer Ausgrenzung betroffen sind, stellt die Strategie fest, dass besonders diese Kinder unterdurchschnittlich in fröhkindlichen Betreuungseinrichtungen vertreten sind und eine erhöhte Schulabrecherquote aufweisen. Die Mitgliedstaaten, in denen die Armutssquote über dem EU-Durchschnitt liegt, werden verpflichtet mindestens 5 % der Mittel aus dem Europäischen Sozialfonds für die Verringerung der Kinderarmut aufzuwenden. Die EU-Kommission hat ein Schulobst-, Schulgemüse- und Schulmilchprogramm zur gesunden Versorgung von Schülern entwickelt. Unter dem Begriff „verstärkte Jugendgarantie“ wird angestrebt, „dass allen jungen Menschen ab 15 Jahren innerhalb von vier Monaten, nachdem sie arbeitslos geworden sind oder die Schule verlassen haben, eine Arbeitsstelle, eine Ausbildung, ein Praktikum oder eine Lehrstelle angeboten wird“. (Seite 7)

Im Kapitel über die Bekämpfung der Gewalt gegen Kinder und der Gewährleistung ihres Schutzes beklagt die Strategie, dass es einen Mangel an Daten zur

Solidarisches Europa

Ein Kooperationsprojekt mit der Linken-Arbeitsgemeinschaft „Konkrete Demokratie – Soziale Befreiung“ (ArGe)
Koordination: michael.juretzek@nord-com.net

Gewalt gegen Kinder sowohl auf nationaler und auf EU-Ebene gibt. Dies Problem soll dringend gelöst werden und darüber hinaus ein Europäisches Zentrum zur Prävention und Bekämpfung des sexuellen Missbrauchs von Kindern eingerichtet werden. Die Mitgliedstaaten werden aufgefordert, falls immer noch nicht erfolgt, Rechtsvorschriften zum Verbot jeglicher Körperstrafen in allen Formen zu erlassen und für ihre Durchsetzung zu sorgen. Das vierte Kapitel setzt sich eine kindgerechte Justiz zum Ziel. Kinder geraten nach der Trennung oder Scheidung ihrer Eltern, als Opfer von Straftaten, nach Flucht oder bei verübten Gesetzesverstößen in Kontakt mit der Ziviljustiz. Im Jahr 2020 betraf ein Drittel aller europaweiten Asylanträge Kinder. Obwohl das Familienrecht in die Zuständigkeit der Mitgliedstaaten fällt, soll sich die EU an Fortbildungsmaßnahmen für in der Justiz Tätige zu kindgerechter Sprache und am Kindeswohl orientierten Entscheidungen beteiligen. Als Schlüsselmaßnahme der EU-Kommission wird eine „verstärkte Umsetzung der Leitlinien für eine kindgerechte Justiz von 2010 in Zusammenarbeit mit dem Europarat“ (Seite 17) angestrebt.

Unter „Digitale und Informationsgesellschaft“ berichtet die Strategie: „Fast ein Drittel der Mädchen und 20% der Jungen stießen im vergangenen Jahr (2020) einmal monatlich auf verstörende Inhalte.“ Internetbetreiber sollen verpflichtet werden, entsprechende Schutzmaßnahmen zu ergreifen.

Das letzte Kapitel „Die globale Dimension“ weist auf die Möglichkeit hin, über Handels- und Investitionsabkommen über die EU hinaus Einfluss auf die Bekämpfung von Kinderarbeit zu nehmen. Darüber hinaus soll die EU darauf drängen, dass Drittländer regelmäßig nationale Listen gefährlicher Berufe aktualisieren, die keinesfalls von Kindern ausgeübt werden sollen.

Die Strategie wirft ein Licht auf einen sehr düsteren Bereich europäischer Lebenswirklichkeit. Mit ihren Zielsetzungen hat die EU gerade erst begonnen, sich diesen Themen zuzuwenden. Es ist zu hoffen, dass sie ihrem Schlussatz gerecht wird: „Die Kommission wird die Umsetzung der Strategie auf EU- und auf nationaler Ebene überwachen und auf dem jährlichen Europäischen Forum für die Rechte des Kindes über die Fortschritte berichten.“



Körperstrafe in der Kindererziehung

In der Antike galt Züchtigung als notwendiges Erziehungsmittel. Aristoteles rät, ein unfolgsames Kind solle „entehrt und geschlagen werden“. (Politik, VII, 17)

In römischen Schulen kamen Lederriemen (scutica), Ruten (ferula), Birkenruten (virga) und Peitschen (flagellum) zum Einsatz.

Neues Testament, Hebräer 12,6: „Denn wen der Herr liebt, den züchtigt er; er schlägt mit der Rute jeden Sohn, den er gern hat. Haltet aus, wenn ihr gezüchtigt werdet. Gott behandelt euch wie Söhne. Denn wo ist der Sohn, den sein Vater nicht züchtigt? Würdet ihr nicht gezüchtigt, wie es doch bisher allen ergangen ist, dann wäret ihr nicht wirklich seine Kinder, ihr wäret nicht seine Söhne.“

Quelle: Wikipedia „Körperstrafe“, de.wikipedia.org/wiki/K%C3%B6rperstrafe, Bild (ebd.) Schulische Prügelstrafe in Preußen 1842: de.m.wikipedia.org/wiki/Datei:Theodor_Hosemann_Pr%C3%BCgelstrafe_1842.jpg



EGB-Generalsekretärin Esther Lynch zu EU-Wahlen: Mitspracherecht in der Arbeitswelt wirkt gegen Rechtsextremismus

Esther Lynch, seit 2022 Generalsekretärin des EGB. Bild: Wikipedia

Rosemarie Steffens, Langen. Die Generalsekretärin des Europäischen Gewerkschaftsbundes (EGB), Esther Lynch, möchte die Ergebnisse der Europawahl als Weckruf verstanden wissen, der Europa davon abhält, „schlafwandelnd in Richtung Katastrophe zu schreiten“, und sagt, „die wachsende Unterstützung für antidemokratische, arbeiterfeindliche Parteien verlangt eine Reaktion“.

Die Aktionen der extremen Rechten auf europäischer und nationaler Ebene zeigten, wie sie die Rechte von Menschen ins Visier nehmen, weil sie Frauen sind, weil sie jemanden („Falschen“) lieben oder wegen ihrer Hautfarbe. „Gewerkschaften stehen den Zielen der extremen Rechten, die immer die einfache Lösung suchen und die Schwachen zum Sündenbock machen, diametral entgegen,“ so die EGB-Generalsekretärin. Sie appelliert, sich endlich der wahren Ursache des Übels zu widmen – der wirtschaftlichen Unsicherheit. Laut Eurobarometer sind Armut, soziale Ausgrenzung und öffentliche Gesundheit die größten Sorgen der Wähler in Europa, dicht gefolgt von der Lage der Wirtschaft und des Arbeitsmarktes.

Bis 2030 könnten in Mittel- und Ost-

eropa rund 160 000 Arbeitsplätze im Kohlesektor verloren gehen, in der Lieferkette sogar bis zu dreimal so viele. Lynch fordert eine Richtlinie für einen gerechten Übergang, die garantiert, dass Arbeitnehmer von neuen, hochwertigen grünen Arbeitsplätzen in ihrer Region profitieren, bevor alte Arbeitsplätze abgebaut werden. „Dies wird in allen Mitgliedstaaten erhöhte öffentliche Investitionen erfordern – was wiederum bedeutet, dass die EU neuen Investitionsfonds bereithalten muss, wenn die Aufbau- und Resilienzfähigkeit im Jahr 2026 ausläuft.“

Die Hans-Böckler-Stiftung stellte kürzlich in zehn EU-Staaten fest, dass Beschäftigte, die mit ihren Arbeitsbedingungen und dem Gehalt unzufrieden waren und wenig Mitspracherecht bei ihrer Arbeit hatten, eher negativ zur Demokratie eingestellt und anfälliger für rechtsgerichtete Narrative über „Migranten“ waren. Bezahlung, Arbeitsbedingungen, Autonomie, Flexibilität und intrinsische Belohnungen sind alle Bestandteile der Arbeitsplatzqualität.

Stress und Burnout am Arbeitsplatz

Zitate u. Foto aus EGB-Pressemitteilung 25.06.2024 in EGB-Newsletter Juni 2024; 1 Gallup-Jahresbericht 2024: State of The Global Workplace. www.etuc.org/en/pressrelease/keep-out-far-right-0



nehmen seit mehr als einem Jahrzehnt zu und haben laut dem Gallup-Jahresbericht 2024, der 116 Länder umfasst, ein Rekordhoch erreicht. „Geben wir den arbeitenden Menschen mehr Kontrolle über ihr Leben zurück, indem wir ihre Fähigkeit zu Tarifverhandlungen stärken“ fordert Lynch. „Die letzte Kommission machte einen positiven Anfang, indem sie erkannte, dass die Zerstörung der Tarifverhandlungen während der Sparpolitik die Unsicherheit verschärft hatte.“ Mit der Mindestlohnrichtlinie unternahm sie Schritte, diesen Trend umzukehren. Mit der Richtlinie über Plattformarbeit wurde auch die Anerkennung der negativen Folgen zunehmender Prekarität zum Ausdruck gebracht.

Lynch betont: „Die Mehrheit der Wähler hat für ein demokratisches Europa gestimmt. Es besteht also kein Bedarf ... für Hinterzimmerdeals mit irgendeinem Teil der extremen Rechten.“ Die Unterstützung der Arbeitnehmer für Europa wird jedoch nachlassen, wenn die wahren Prioritäten der arbeitenden Bevölkerung nicht erfüllt werden.

Umfrage des WSI in zehn EU-Ländern zu Arbeitsbedingungen und Demokratie

Michael Juretzek, Bremen. Das Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Institut (WSI) der gewerkschaftnahmen Hans-Böckler-Stiftung hat Ende 2023 15 000 Erwerbspersonen aus zehn EU-Ländern befragt. In ihrem Pressedienst stellt das WSI die Ergebnisse vor.

„Von der Studie gehen drei Botschaften aus: Erstens zeigt sie, dass schlechte Arbeitsbedingungen und das sich daraus ergebende Potenzial für Frust sowie Benachteiligungs- und Ohnmachtserleben in allen untersuchten Ländern ein Nährboden für die Entstehung anti-demokratischer Einstellungen sind, die dann von rechten Parteien mobilisiert werden können. Zweitens stärken gute Arbeitsbedingungen das Vertrauen in die EU und das selbst in den Ländern, in denen EU-ablehnende Parteien regieren oder bis vor kurzem regiert haben. Drittens stärken Transformationssorgen extrem rechte Parteien. Progressive Kräfte in der EU sollten daher ein Interesse daran haben, diese Transformationsprozesse sozial gerecht zu gestalten.“ (S. 2)

Zu den Aussagen „Ich fühle mich bei Entscheidungen im Arbeitsalltag übergegangen“ und „In meinem Betrieb kann ich offen über Betriebsräte und Gewerkschaften sprechen, ohne Nachteile

befürchten zu müssen.“ äußern die Forscher: „In Deutschland und Schweden äußern Befragte mit mehr Teilhabemöglichkeiten im Job spürbar seltener eine Wahlpräferenz für Parteien der extremen Rechten, in Spanien sind vor allem die Zufriedenheit mit den Arbeitsbedingungen ... mit einer geringeren Wahrscheinlichkeit, extrem rechte Parteien zu wählen, assoziiert.“ (S. 5) „Ganz anders ist das Bild in Ungarn, Polen und Italien, wo Rechtsparteien an der Regierung sind oder bis vor kurzem waren. Dort zeigt sich der gegenteilige Effekt: Je höher die Zufriedenheit mit der Demokratie, desto höher die Wahlabsicht für eine extrem rechte Partei.“ (S. 3) In Ländern, in denen rechte Regierungen die nationalen Institutionen prägen konnten und Medienhoheit besitzen scheinen wirtschaftliche Staatsbürgerrechte und „gute Arbeitsbedingungen auch gewisse systemstabilisierende Effekte haben zu können ...“ (S. 5)

Der Bericht vermutet ein ernstes Problem:

„Das mache deutlich, dass Menschen ein unterschiedliches Verständnis von Demokratie haben und auch der Demokratiebe-

griff von rechten oder totalitären Regimen erfolgreich für sich instrumentalisiert werden kann.“ (S. 4)

Die Bejahung der Frage „Inwieweit sind Sie besorgt, dass die Digitalisierung sich negativ auf Ihren Arbeitsplatz und Ihre Karriereaussichten auswirken könnte“ führte in Niederlanden, Schweden und der BRD zu einer höheren Wahlpräferenz für Parteien der extremen Rechten.

„Diese Transformationssorgen sind vor allem unter Befragten mit geringen Einkommen relevant, da sie hier in allen erfassten Ländern besonders verbreitet sind.“ (S. 6) Abschließend:

„Inwieweit sind Sie besorgt, dass die Maßnahmen der Regierungen gegen den Klimawandel sich negativ auf Ihren Arbeitsplatz und Ihre Karriereaussichten auswirken könnten.“ Ergebnis: „Konkret zeigt sich in fünf Ländern (Deutschland, den Niederlanden, Polen, Frankreich und Schweden), dass Befragte mit Transformationssorgen, also der Angst vor negativen Auswirkungen auf die eigene Arbeit aufgrund von Digitalisierung oder der politischen Maßnahmen zur Eindämmung des Klimawandels, eine signifikant erhöhte Wahlpräferenz für extrem rechte Parteien haben“ (S. 6)

Quelle: <https://www.wsi.de/de/pressemitteilungen-15991-befragung-zur-eu-wahl-in-10-lande rn-60951.htm>